

Urban Mangold, ÖDP-Bezirksrat
Rede zum Haushalt 2018 im Bezirkstag am 20.12.2017

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2018 ist in Ordnung. Ich stimme ihm zu.

Kritisch sehe ich aber, dass der Bezirk bei heimatpflegerischen Themen wie der Bewahrung der Kulturlandschaft sprachlos bleibt. CSU und SPD, die Mehrheit des Bezirkstages, nehmen Flächenfraß und Betonierung einfach hin.

Dabei sind es doch die Bezirke, die Bayern auffächern in Regionen mit verschiedenen bezirkstypischen Kulturlandschaften. Folgerichtig heißt es auch in der Aufgabenbeschreibung der Fachkraft für Kultur- und Heimatpflege u.a.:

Stellungnahme zu heimatpflegerisch relevanten Themen (z.B. in der Regionalentwicklung und Raumplanung) Unter anderem hierfür soll das Kulturreferat personell gestärkt werden. So steht es in der am Samstag, 9.12. veröffentlichten Stellenanzeige.

Warum schweigen wir dann, wenn sich Bayern so gravierend verändert? Der Kulturstaat Bayern verändert sich zu seinem Nachteil, wenn er seine Kulturlandschaft aufgibt. Leider nimmt die Bezirkstagsmehrheit dies achselzuckend hin. Ist halt so. „Endlich rührt sich was“, meinte sogar Frau Kollegin Röhl.

Heimatminister Söder wollte das Anbindegebot ursprünglich weitgehend aufweichen, damit Industrie- und Gewerbebauten abseits von gewachsenen Siedlungsstrukturen also auf der grünen Wiese möglich sind. Dagegen haben die Naturschutzverbände und viele Bürger protestiert, weil durch diese Politik der Verlust von in Jahrhunderten entstandenen Kulturlandschaften zu befürchten ist. Sie haben protestiert, weil der prägende reizvolle Wechsel von gewachsenen Orten und Kulturlandschaft nicht mehr erlebbar wäre. Auch CSU-Politiker wie der ehemalige Staatsminister Prof. Hans Maier warnen: Prof. Maier hat auf die Frage der Bayerischen Staatszeitung, wie er sich Bayern im Jahr 2030 vorstellt, geantwortet, er hoffe, dass es **noch bayerisch ist** und hat dies mit einer Warnung vor einem maßlosen Bauboom ohne Grenzen begründet.

Viele Menschen befürchten wie Prof. Maier, dass Bayern in 10 bis 20 Jahren nicht mehr wieder zu erkennen ist, wenn die maßlose Zersiedelung und Zerstörung von Kulturlandschaft ungehindert fortschreitet. Und nebenbei bemerkt: Diese maßlose Zersiedelung und Versiegelung in der Fläche erhöht auch die Hochwassergefahr. In Passau tragen wir dabei den größten Schaden.

In dieser Situation fordere ich als Bezirksrat der ÖDP Signale des Maßhaltens. Ich erinnere an das Bündnis zum Flächensparen, das 2003 unter Beteiligung der zuständigen Ministerien und der kommunalen Spitzenverbände vereinbart wurde.

Ich schlage vor, dass wir als Bezirk Niederbayern an die Staatsregierung folgende Stellungnahme zu richten:

Der Bezirk Niederbayern vertritt die Auffassung, dass das Landesentwicklungsprogramm auch in seiner jüngst geänderten Fassung den Zielen des Bündnisses zum Flächensparen nicht gerecht wird.

Wenn aber die Kommunen nicht selbst die Kraft aufbringen, aus diesem Wettlauf des Wahnsinns um immer mehr Versiegelung und immer mehr Gewerbesteuer auszusteigen, wenn die Kommunen es nicht schaffen, vom Staat begrenzende Regeln für alle einzufordern, dann bleibt den Bürgerinnen und Bürgern nur noch die Möglichkeit, diese Regeln des Maßhaltens und der Besonnenheit selbst zu

setzen: durch das neue Volksbegehren von Grünen, ÖDP und der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, mit dem eine gesetzliche Grenze für den Flächenverbrauch eingeführt werden soll – damit Bayern Heimat bleibt.

Nun sagt aber der Herr Bezirkstagspräsident, man habe doch im neuen LEP einen Kompromiss gefunden: Alternativen müssten geprüft werden, die Landschaft dürfe nicht erheblich beeinträchtigt werden. Papier ist bekanntlich geduldig.

Was man von solchen Versprechungen halten darf, zeigt folgendes Beispiel:

Nachdem das Bündnis zum Flächensparen vor 14 Jahren gegründet wurde, hat man ein Aktionsprogramm“ verabschiedet. Darin heißt es unter Punkt 6 Straßenbau: ...

Und nun schauen Sie sich die Realität an: ...

Wenn diese Baumaßnahme das ist, was in dem Aktionsprogramm gemeint war, dann weiß ich, es ist das Papier nicht wert auf dem es steht. Und so wird es auch beim salbungsvoll modifizierten LEP sein. Und deshalb, Herr Präsident sollten Sie da nochmal in sich gehen und mutiger überzeugende Argumente an die Staatsregierung schicken: gegen Flächenfraß und Versiegelung – damit Niederbayern niederbayerisch bleibt.

Positiv war in diesem Jahr, dass der Bezirkstag bei nur wenigen Gegenstimmen meinem Vorschlag gefolgt ist, von der Staatsregierung verpflichtende Uferrandstreifen zu fordern – zum Schutz unserer Gewässer, weil die Naturschutzverbände, die Fischereiverbände davor warnen, dass die Reproduktion der Fischbestände durch die zunehmenden überwiegend landwirtschaftlichen Sedimenteinträge gefährdet ist.

Dass Bayern das einzige Bundesland ist, in dem es keine verpflichtenden Uferrandstreifen gibt, ist wirklich nicht zu fassen. Die CSU knickt vor der Bauernverbandslobby ein – wider besseres Wissen.

Bedauert habe ich, dass sich der Bezirkstag allzu schnell der Reaktion von Ministerin Scharf gebeugt hat, die auf unsere Forderung antwortete, man müsse jetzt erst einmal das Ergebnis des neuen Wasserpaktes abwarten. Und wenn sich dann der Zustand der Gewässer nicht verbessert, können man ja immer noch, verpflichtende Uferrandstreifen einführen. Ich verspreche Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich an diesem Thema dran bleibe. Und wenn die Frau Ministerin nicht hält, was sie verspricht, haben wir das Thema im Bezirkstag erneut auf der Tagesordnung.

Positiv im Haushalt und in der mittelfristigen Planung ist, dass wir die Versorgung zur Behandlung psychosomatischer und psychiatrischer Erkrankungen dezentralisieren, dass wir das Bezirkskrankenhaus in Passau 2020 oder 2021 erweitern – ein Segen für die Eltern betroffener Kinder. Allerdings stehen an dem für die Erweiterung vorgesehen Grundstück eben jetzt noch vermietete Wohnhäuser. Und deswegen appelliere ich an die Mehrheit, in diesem Fall wirklich großzügig beim Umzug finanziell zu helfen – ein Thema, mit dem wir uns zeitnah noch näher beschäftigen sollten.

Zum Schluss danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und allen die zum Wohle des Bezirks arbeiten und wünsche Ihnen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.